

Radikalen wird eine weitere Frist gegeben

Unterhandlungen zwischen der Regierung und Arbeitern dürften günstig verlaufen und das Blutvergießen beenden

Armee der Kommunisten in Auflösung begriffen

Paris, 1. April.—Die deutsche Regierung hat den Radikalen eine weitere Frist von 48 Stunden gegeben, binnen welcher sie das Ultimatum annehmen oder verwerfen können. Verhandlungen zwischen Vertretern der Insurgenten und der Regierung sind gegenwärtig im Gange, und man glaubt, daß die strittigen Fragen beigelegt werden, ohne daß es zu weiteren Blutvergießen kommt.

Reichswehr rückt im Ruhrgebiet ein. Berlin, 1. April.—Wie der „Vorwärts“ meldet, ist General v. Lottum mit der Marinebrigade im Ruhrgebiet eingerückt, um dort die Aufständischen zu bekämpfen. Auch Reichswehrtruppen unter General v. Watter marschieren ein. Die Sowjets haben die Entente-Kommission in Köln gewarnt, daß sie alle Kohlenbergwerke und Fabriken in dem Ruhrgebiet zerstören sollten, sollten die Alliierten gestatten, daß die Regierungstruppen dort einmarschieren. Die Bahnstrecken sind bereits miniert worden und Vorbereitungen zur Zerstörung der Fabriken sind getroffen worden. In der Weberschützen Front ist ein scharfes Gefecht im Gange. Einem Bericht aus Düsseldorf zufolge sind die dortigen Theater und Banken geschlossen. Rüge haben die Fabriken eingestellt und die Radikalen verhindern allen Betrieb.

London, 1. April.—Eine Rotterdamer Depesche an die Daily News meldet, daß in Keulen Westfalens Gefechtslosigkeit herrscht. Auf dem Rückzuge befindliche Truppen der Radikalen schleppen hervorragende Bürger als Geiseln mit sich. In weiteren eingehenden Depeschen wird ein völliger Zusammenbruch der kommunistischen Bewegung in Westfalen prognostiziert; die Lage aber ist immer noch ernst. Tausende bewaffnete Arbeiter, bitter bezüglich ihrer Führer

Morehead's Nominations im Obergericht

Lincoln, Nebr., 31. März.—Auf die Klage von Will M. Mounin von Gering, Nebr., hin hat gestern das Staatsobergericht den Staatssekretär Amsberry aufgefordert am 5. April Gründe vorzulegen, weshalb er die Nominationspetition von E. G. Morehead für die demokratische Nominierung für Gouverneur angenommen hat.

Der Fall erregt in allen politischen Kreisen das größte Aufsehen und man ist gespannt wie das Obergericht den Fall entscheiden wird. Unterdessen wird von den Führern der demokratischen Partei starker Druck auf Morehead ausgeübt, sich freiwillig zurückzuziehen. Er scheint aber nicht in der Stimmung zu sein, darauf einzugehen.

Das Gericht wird also den demokratischen Bruderstreit entscheiden müssen.

Chicago'er Feuerwehr kündigt den Dienst

Chicago, 1. April.—Als Protest gegen die von dem Stadtrat in dem gestern revidierten Budget genehmigte Gehaltserhöhung von jährlich \$192 haben 55 Feuerwehrleute einstimmig beschlossen, am 7. April von ihrem Dienst zurückzutreten. Diejenigen, welche gestern Dienst hatten, werden heute abtreten. Die Feuerwehr verlangt eine Zulage von \$300 das Jahr. Das Minimalgehalt beträgt jetzt \$1,800.

Das nach endlosen Verhandlungen angenommene Budget von 1920 fügt den ursprünglich gemachten Bewilligungen die Summe von \$4,000,000 hinzu und übersteigt das Einkommen der Stadt um dieselbe Summe. Davon sind \$2,210,000 für eine Gehaltserhöhung der Stadtangestellten von 10 Prozent bestimmt. Die Forderungen der Angestellten belaufen sich auf \$5,000,000. Gegen 1,500 städtische Beamte befinden sich im Ausstand.

Drohen mit Generalfreier

Berlin, 1. April.—Berliner Radikale drohen der Regierung mit einem allgemeinen Streik, falls man sich bei der Unterdrückung der Ruhrstreiktruppe ungeduldeten Laktiven bedienen sollte. Sie haben den Aufständischen ihre volle Unterstützung versprochen. Sozialisten im Ruhrgebiet sollen beschließen haben, den kommunistischen Unterstützung angeheben zu lassen, sollten weitere Reichswehrtruppen in das dortige Gebiet geschickt werden.

In Danzig gährt es. Rotterdam, 1. April.—Die Extremisten in Danzig haben ein Ultimatum an Sir Reginald Tower, den dortigen britischen Kommissar, gefandt, in welchem sie die Entfernung der Truppen verlangen und im gegenteiligen Fall mit einem Generalfreier drohen. So ist dem „Rotterdamse Courant“ aus Hamburg gemeldet worden. Wie es heißt, hat Sir Reginald seine Truppen an Bord der englischen, im Danziger Hafen liegenden Kriegsschiffe gebracht. Den Deutschen zufolge ist in Danzig eine starke bolschewistische Bewegung im Gange.

Sozialisten gehen ihrer Sitze verlustig

N. Y. Assembly beschließt mit großer Stimmenmehrheit für Anstufung der Suspendierten.

Albany, N. Y., 1. April.—Die fünf suspendierten sozialistischen Mitglieder der New Yorker Assembly wurden nach einer die ganze Nacht andauernden Debatte unter der Ägide des Abgeordneten ausgezogen. Oberleutnant Roosevelt führte den Kampf für die Wiedereingliederung der Suspendierten; ferner sprach eine der beiden weiblichen Abgeordneten zu ihren Gunsten. Für ihre Ausschließung trat der Sprecher Sweet ein. Ueber jeden der Angeklagten wurde einzeln abgestimmt. Die Stimmen gegen Waldman waren 116 zu 28; Solomon und Claessen 115 zu 28; DeWitt und Orr 104 zu 40. Nach der letzten Abstimmung ging eine Befehlssturm durch die Assemblyhalle. Die Gallerien brachen in ein lautes Jubelgeschrei aus, in das die von den langen Debatten ermüdeten Zuhörer einmündeten. Der Anfang der Abstimmung vollzog sich unter erwartungsvoller Stille. Mit dem Fortschritt derselben erhob sich ein immer stärkeres Beifallsgeräusch. Der Sprecher gab keine Erklärungen zu dem Resultat ab. Er erklärte einfach: Das Ergebnis spricht für sich selbst. Wenn keine Sonderberufung der Assembly einberufen wird, kann der Gouverneur keine Wahl zur Ausfüllung der Vakanz vor dem nächsten Herbst ansetzen.

Schweiz konfisziert Bahnzug mit Waffen

Genf, 1. April.—Die Schweizerischen Behörden untersuchen zur Zeit die Begleitumstände der Ankunft eines geheimnisvollen Zuges in Zürich am letzten Freitag, der mit Panzerautomobilen, Maxim-Geschützen und Munition angefüllt ist. Der Zug war in Frankreich abgelassen worden und war für Polen bestimmt. Die „Zürich Volksblatt“ schreibt, der Zug sei irrtümlich registriert gewesen und sei deshalb in Zürich angehalten und konfisziert worden.

Japanische Verluste in Ost-Sibirien

Sonolulu, T. H., 1. April.—Nach einer Depesche von Tokio an die hierige japanische Zeitung wurden in einem zweitägigen Gefecht mit bolschewistischen Truppen bei Nikolajew 700 japanische Soldaten und Zivilisten getötet.

Bedienen Sie sich der Klaffierten Anzeigen der Tribüne! Der Erfolg ist überraschend—die Verluste nur minimal.



Ein führender Akt der Luftschiffahrt wurde von dem Leutnant Bidau ausgeführt, indem dieser seinen Flieger „Ace“ mitten in Clay Straße, Oakland, California, landete.

Die Regierungs-Krise in Dänemark

Schleswig die Ursache; Schaffung einer Republik gehört nicht zu den Unmöglichkeitlichkeiten.

Kopenhagen, 1. April.—Bei der Regierungskrise handelt es sich um die Entscheidung bezüglich des Schieds der zweiten Zone in Schleswig. Premierminister Jørgen hielt die Angelegenheit als zu Gunsten Deutschlands erledigt, da die kürzlich abgestimmte Abstimmung für Deutschland ausgefallen war. Unter den Oppositionsparteien herrscht jedoch eine starke Strömung, die darauf abzielt, wenigstens eine vorläufige Internationalisierung von Flensburg und der zweiten Zone in Schleswig herbeizuführen.

Der Verlingste Tidende wird aus Flensburg gemeldet, eine Bürgerdeputation habe der Internationalisierungskommission eine von 18,000 Flensburger unterzeichnete Petition unterbreitet, in welcher dargelegt wird, daß die Flensburger dem preussischen Hof, der Rede Preußens und der Verfolgung durch die Preußen ausgeliefert werden.

Besüglich der Ministerkrise schreibt die „National Tidende“:

„Das Jørgen Kabinett, dieses unheimliche Regierung, deren Oberhaupt als Lügner im Oberhause gebrandmarkt wurde und das trotzdem seine Macht im Unterhause eingebüßt hatte, sich noch immer an die Macht anklammerte, um Dänemark bis zu guter Letzt zu schädigen, ist nun glücklicherweise abgesetzt worden. Der König hat, den Ernst der Lage begreifend, seine Pflicht getan und von seiner konstitutionellen Gewalt Gebrauch gemacht.“

Die Zeitung „København“ bemerkt, das Gerücht von der Schaffung einer Republik gehöre nicht in das Bereich der Unmöglichkeitlichkeiten. Die „Politiken“ bezeichnet die Lage als „einen einzig in seiner Art dastehenden Staatsstreik in der Geschichte Dänemarks.“

Der Wägöbarg trat seine Osterferien an und die Mehrzahl der Abgeordneten ist nach Hause gereist.

Allgemeiner Streik verjöhoben.

London, 1. April.—Die Verabschiedung der Inzenerierung eines Generalstreiks bis nächsten Dienstag zeigt, einer Depesche an die London Times zufolge, daß die Sozialisten willens sind, einflussreichen Persönlichkeiten Gehör zu schenken, von welchen sie wissen, daß sie bereit sind, einen Ausgleich herzustellen. Der Streik wird nicht stattfinden, sollte sich inzwischen die Situation klären.

In einer Depesche an die Exchange Telegraph Company heißt es, König Christian habe am Mittwoch den Premier Jørgen in Kenntnis gesetzt, er wünsche mit diesem und den übrigen Kabinettsmitgliedern Rücksprache zu nehmen, ehe dieselbe resignieren. Jørgen ließ ihm die Antwort zukommen, daß weder er noch die übrigen Kabinettsmitglieder ihn zu sprechen wünschten, da eine Konferenz doch zu nichts führen könne.

F. C. Christensen, Führer der liberalen Opposition, hat öffentlich die Entlassung des Kabinetts durch den König gutgeheißen.

Wilson in Georgia als Kandidat genannt

Demokraten glauben, daß seine Gesundheit den Anforderungen der Kampagne nicht gewachsen ist.

Washington, 1. April.—Präsident Wilson wird Kandidat für die demokratische Nominierung in den Vorwahlen des Staates Georgia sein, ob er will oder nicht. Die Petitionen hierfür sind mit der nötigen Zahl von Unterschriften eingereicht worden, obwohl dies ohne Wissen und Willen des Präsidenten geschähen zu sein scheint. Wenigstens sind vom Weissen Hause keine Schritte dafür oder dagegen unternommen worden. Der Präsident hatte bis Mittwoch mittags Zeit, die Staatsbehörden von Georgia zu benachrichtigen, daß er nicht wünschte, seinen Namen auf den Wahlscheitern zu setzen. Nach Auslassungen seines Privatsekretärs kam Wilson nichts getan; der Präsident hat die Sache einfach ignoriert; sein Name wird daher auf den Wahlscheitern in Georgia erscheinen.

In politischen Kreisen der Hauptstadt herrscht die Ansicht, daß der Gesundheitszustand des Präsidenten es ihm unmöglich macht, sich den Strapazen eines dritten Wahlkampfes zu unterziehen, ohne einen neuen Zusammenbruch zu erleiden. Die Demokraten im Kongress, die eine dritte Kandidatur des Präsidenten befürworteten, haben sich beruhigt. Sie werden sich von jetzt an nur bemühen, von dem Präsidenten ein Jugendzeugnis der Sachlage zu erlangen, damit andere demokratische Kandidaten freies Feld haben.

Man erwartet von Wilson, daß er im Ubrigen in seinem Schwägen verharren und so seine Führerschaft der Partei zu erhalten suchen wird.

Man will wissen, daß Wilson die Entsendung von ministeriellen Delegaten zur Nationalkonvention beabsichtigt. In diesem Sinne wird als ein Spiegel der Ansichten im Weissen Hause angesehen. Unter diesen Umständen glaubt man, daß der Präsident verstanden wird, die Nominierung eines Mannes seiner Wahl zu diktieren, eines Mannes, der seinen Kampf für einen Wählerbund ohne Vorbehalte fortsetzen wird. Es heißt, daß Wilson sich noch nicht über die Persönlichkeit klar ist, der er seine Unterstützung geben wird. Der erste Vorschlag des Weissen Hauses war McAdoo, der dann von Palmer überhand genommen wurde. Jetzt wird berichtet, daß die Sonne der Huld wieder auf McAdoo scheint.

Leiche als Postpaket versandt.

Atlantic, Va., 1. April.—Die irdischen Ueberreste des in California verstorbenen Frauens Anna Shoups sind hier als Postpaket angekommen. Die Leiche wurde in einem Crematorium in California verbrannt und die Asche hierher geschickt.

Mississippi Delegaten für Wood.

Jackson, Miss., 1. April.—Die republikanische Staatskonvention hat 10 Distriktsdelegaten für die Konvention in Chicago ernannt, die für General Wood instruiert sind.

New Yorker Brief geschlossen.

New York, 1. April.—Nach Beschluß des Verwaltungsausschusses wird die New Yorker Aktien Börse mit den davon abhängigen Institutionen am Freitag und Samstag geschlossen sein.

Kohlengraber nehmen neue Lohnskala an

Lohnerrhöhung von 27 Prozent, die vom Publikum als Verteuerung getragen werden müssen.

New York, 1. April.—Die Verhandlungen für eine neue Lohnskala der Vergleite in den Weichkohlenfeldern des zentralen Kohlenfeldes wurden gestern beendet, indem sich die Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeiter auf einen Kontrakt einigten, der sich auf den Bestand der Kohlenkommission des Präsidenten gründet. Das neue Übereinkommen, welches den Vergleiten eine Lohnerrhöhung von 27 Prozent zusichert, tritt heute in Kraft und ist für zwei Jahre gültig. Die Gesamtsumme der den Arbeitern bewilligten Zulagen beläuft sich auf \$200,000,000 jährlich; gegen 400,000 Arbeiter werden davon begünstigt. Trotz der Forderung der Arbeiter, daß die Zulagen von den Grubenbesitzern allein getragen werden müßten, und daß dem Publikum keine Verteuerung daraus erwachsen solle, haben die Kohlengesellschaften angekündigt, daß der Preis von Weichkohlen von 65 cents bis zu \$1.50 die Tonne an Ort und Stelle in die Höhe schnellen würde. Die Vergleite erklären die Produktion der Arbeiter verringert wird.

Der neue Kontrakt enthält eine Klausel, nach welcher alle inneren Zwistigkeiten in den Weichkohlenfeldern von den Distriktsbeamten der Verbände der Grubenbesitzer und der Vergleite erledigt werden sollen. Jedoch dürften diese streitigen Punkte während des Jahres, der die Produktion der Arbeiter verringert wird.

Die Beamten der Arbeiterverbände zeigen sich durch das Erreichte sehr zufrieden gestellt.

Wichtige Entscheidung in Wahlsachen

Lincoln, Nebr., 1. April.—Staatssekretär Amsberry hat die Entscheidung abgegeben, daß es ungesetzlich ist, gedruckte Namen von Kandidaten auf den Primärzetteln anzuführen. Dagegen ist es gesetzlich, die Namen von Kandidaten auf diese Stimmzettel zu schreiben. Letztere Methode wird in vielen Teilen des Staates durchgeführt werden müssen, um die vollständige Kandidatenzahl für Staats- und Countyämter zu erlangen. Die Abneigung gegen die Politik war nämlich noch in diesem Jahr so groß als in diesem, denn für viele Wähler haben sich keine Kandidaten angemeldet. Diese müssen nominiert werden, indem in der Primärwahl, ihre Namen von Freunden auf die Stimmzettel geschrieben werden.

Arzeflieger umgekommen.

Minaola, N. Y., 1. April.—Kapt. Foote von Dallas, Tex., der während des Krieges ein Verdienstflieger der Armee war, kam gestern ums Leben, als sein Monoplane in der Nähe des Roosevelt Feldes aus einer Höhe von 1,000 Fuß abstürzte.

Anweisung feindlicher Ausländer.

Salt Lake City, Utah, 1. April.—Von 76 internierten feindlichen Ausländern werden noch 21 in Fort Douglas festgehalten, die sich abso-lut weigern, eine Parole zu unterzeichnen. Nach Auslassungen des Justizdepartements werden sie wahrscheinlich deportiert werden.

Friedensresolution Montag debattiert

Republikaner im Hause erwarten, dieselbe durchzubringen; indessen ist es wahrscheinlich, daß Wilson sie vetieren wird

Was die Bestimmungen der Resolution vorsehen

Washington, 1. April.—Die Resolution, welche Beendigung des Kriegszustands zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland vorsieht, wurde gestern im Hause unterbreitet und wird dem Plane der republikanischen Führer gemäß am kommenden Montag angenommen werden. Man hatte anfänglich beabsichtigt, die Friedensresolution am Sonntag, dem dritten Jahrestag der Kriegserklärung gegen Deutschland, anzunehmen, demokratische Führer aber erluchten um mehr Zeit, damit sie Gründe für ihre Opposition gegen diese Maßnahme anführen könnten. Man einigte sich schließlich, die Resolution Montag aufs Tapet zu bringen. Die republikanische Mehrheit des Hauses ist entschlossen, den Frieden durch eine Resolution herbeizuführen, da die Ratifikation des Friedensvertrags zu Verfallens im Senat durch den Präsidenten und die unersöhnlichen Republikaner zur Unmöglichkeit wurde. Es ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß die Friedensresolution im Hause angenommen werden wird.

Die von der Bundeshauptstadt abwesenden Hausmitglieder werden telegraphisch ersucht, sich bis Montag einzufinden. Es steht zu erwarten, daß das Senatskomitee für auswärtige Beziehungen ein Substitut für die Hausresolution einbringen wird, daselbe ist mit der revidierten Knox'schen Friedensresolution identisch.

Präsident Wilson, von welchem die Demokraten Winke für die Opposition der Resolution erhalten, wird dieselbe nach deren Annahme jedenfalls vetieren. Geschicht dieses, dann werden Versuche gemacht werden, die Maßnahme über das Veto des Präsidenten hinaus anzunehmen. Ob diese Idee vernünftig werden kann, ist fraglich, denn um eine Zweidrittelmehrheit, die zur Ueberwindung des Vetos nötig ist, herbeizuführen, muß man eine beträchtliche Anzahl demokratischer Stimmen gewinnen.

Auch ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß der Präsident den Vertrag nochmals dem Senat unterbreitet oder andere Mittel anwendet, um die Ratifikation nach eigener Idee durchzuführen.

In der Resolution heißt es, „Sei es durch eine gemeinsame Resolution des Hauses und des Senats beschlossen, daß dem Kriegszustand zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland ein Ende gemacht ist. Wenn nicht innerhalb 45 Tagen nach Inkrafttreten dieser Resolution die deutsche Regierung Frieden mit den Vereinigten Staaten erklärt, allen Forderungen an die Vereinigten Staaten entkagt, wie in dem Verfallener Vertrag vorgesehen, dann soll der Präsident eine Erklärung abgeben, wonach eine Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen mit Deutschland nicht statthaft ist. Bis solche wieder aufgenommen werden, sind Handelsabmachungen, Darlehen, Kredite, finanzielle Unterstützung und Lieferungen von Nahrungsmitteln an Deutschland verboten. Personen, die diese Bestimmungen übertreten, werden in eine Geldstrafe bis zu \$10,000 verurteilt oder zu zweijähriger Haft oder beides verurteilt, auch gehen sie der Handelsware verlustig.“

Die Resolution schließt mit der Bestimmung, daß die Vereinigten Staaten sich keiner Rache, wie sie in den Waffenstillstandsbedingungen vorgesehen sind, begibt.

Nach Ansicht des Vorsitzenden des Komitees für auswärtige Angelegenheiten Porter, bildet diese Resolution den einzigen Ausweg zur formellen Herstellung des Friedens, der zum Wohle unseres Landes unbedingt nötig ist. Es ist nicht nur Loyalität, sondern eine große Ungerechtigkeit den höchsten Interessen der Vereinigten Staaten gegenüber, den Kriegszustand mit Deutschland zu verlängern.

42 Länder sind in Washington vertreten

Washington, 1. April.—In Washington sind heute mehr auswärtige Regierungen durch Botschaften und Gesandtschaften vertreten als in jeder anderen Hauptstadt der Welt. Im Ganzen unterhalten 42 Länder glaubwürdige Vertreter hier. Außer diesen gibt es noch viele nicht amtliche Vertreter von Nationalitäten, welche Anerkennung durch die amerikanische Regierung erstreben. Hierzu gehören Vertreter der Iren, Ungarn, Armenier, Litauer und der Albanier. Nur die Staaten von Monaco und San Marino scheinen nicht vertreten zu sein. Albanien, dessen staatsrechtlicher Zustand einer der Hauptstreitpunkte bei der obigen Frage bildet, wird durch C. A. Chelres vertreten, welcher die Harvard-Universität absolviert hat. Ein anderer Balkanstaat, Montenegro, unterhält noch immer keine Gesandtschaft, trotzdem Montenegro dem serbisch-kroatisch-slowenischen Staatswesen angegliedert worden ist. Bulgarien war das einzige Land während des Krieges, das gegen die Alliierten im Kampf stand und doch hier durch eine Gesandtschaft vertreten war.

Italiener befehlen Skutari in Albanien

Washington, 1. April.—Es verlautet, daß italienische Truppen die Stadt Skutari in Albanien besetzt haben. Dies wird von der italienischen Botschaft in Paris im Abrede gestellt. Die jugoslawische Gesandtschaft hat aber von Belgrad eine amtliche Nachricht erhalten, die den Bericht von der Besetzung bestätigt. Die Nachricht von Belgrad erhebt Vorstellungen gegen die Lage, die „als dem Übereinkommen der Alliierten von 1918 zuwiderlaufend“ hingestellt wird. Die jugoslawische Gesandtschaft wird diese Beschwerden dem Obersten Rat übermitteln.

St. Louis Löschmänner drohen mit Streik

St. Louis, 1. April.—Die Mitglieder der städtischen Feuerwehr haben gedroht, am 1. Mai die Arbeit einzustellen, falls deren Löhne nicht von \$126.50 per Monat auf \$150 erhöht wird.

Großfürstin begibt sich nach Dänemark.

Konstantinobel, 1. April.—Großfürstin Olga, die Schwester des vor-maligen russischen Zaren, ist von hier aus nach Serbien abgereist, um sich von dort aus nach Dänemark zu begeben, wo sie sich dauernd niederlassen will. Sie glaubt noch immer, daß ihr Bruder unter den Lebenden ist.

Wetterbericht

Für Omaha und Umgegend — Teilweise bewölkt heute abend und Freitag; kälter heute abend; steigende Temperatur Freitag.

Für Iowa—Unbeständig, mit Regen im südlichen und südlichen Teil heute nachmittags. Freitag schön.

Für Nebraska — Allgemein schön heute abend und Freitag. Kälter im östlichen Teil heute abend; etwas wärmer am Freitag.